



Niederschrift

über die

9. Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Dienstag, den 27.11.2012
Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr
Sitzungsende: 10:55 Uhr
Ort, Raum: Sitzungszimmer der Dienststelle in Höchstadt a. d. Aisch

Anwesend sind:

Landrat Eberhard Irlinger

CSU-Fraktion

Kreisrat Eberhard Brunel-Geuder
 Kreisrat Karl-Heinz Hertlein
 Kreisrat Martin Hofmann
 Kreisrat Robert Mirschberger
 Kreisrat Bernhard Schwab

als Vertreter für Kreisrätin Wüstner
 als Vertreter für Kreisrat Nagengast

ab 09:02 Uhr, während TOP 2

SPD-Fraktion

Kreisrat Konrad Eitel
 Kreisrat Andreas Hänjes
 Kreisrätin Rosemarie Schmitt
 Kreisrätin Renate Schroff

ab 09:05 Uhr, während TOP 3
 ab 09:05 Uhr, während TOP 3
 ab 09:05 Uhr, während TOP 3
 ab 09:05 Uhr, während TOP 3;
 als Vertreterin für Kreisrätin Mück

FW-Fraktion

Kreisrat Karsten Fischkal
 Kreisrat Dr. Manfred Welker

bis 10:03 Uhr, während TOP 5

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrätin Retta Müller-Schimmel

ab 09:02 Uhr, während TOP 2

FDP-Fraktion

Kreisrätin Elke Weis

als Vertreterin für Kreisrat Rohde

Gäste/Sachverständige

Dekan Josef Dobeneck

Katholische Kirche;
 ab 09:08 Uhr, während TOP 4,
 bis 10:23 Uhr, während TOP 6.12
 Beauftragter für Menschen mit Behinderung
 Lebenshilfe Erlangen-Höchstadt (West) e. V.;
 ab 09:08 Uhr, während TOP 4
 AWO - Kreisverband Erlangen-Höchstadt e.V.
 VdK - Kreisverband Erlangen-Höchstadt e.V.
 bis 10:33 Uhr, während TOP 8
 Bayerisches Rotes Kreuz - Kreisverband
 Erlangen-Höchstadt
 Gleichstellungsbeauftragte

Jürgen Ganzmann
 Josef Hennemann

Hermann Sandner
 Kreisrat Valentin Schaub

Beate Ulonska

Gleichstellungsbeauftragte Claudia Wolter

Verwaltung

Verwaltungsamtsrat Marcus Schlemmer
 Regierungsrätin Tina Eberhart
 Beschäftigte Dorothea Ackermann

Schriftführer

Regierungsamtfrau Birgit Stolla

Nicht anwesend:

Kreisrat Joachim Wersal
 Sabine Hornung
 Pfarrer Wilfried Lechner-Schmidt
 Gisela Niclas

Edith Scherbel

Diakonisches Werk Erlangen e.V.
 Evangelisch-Lutherische Kirche
 Der PARITÄTische Bayern e.V. - Bezirksverband
 Mittelfranken
 Caritasverband für die Stadt Erlangen und den
 Landkreis Erlangen-Höchstadt e.V.

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Information zum Bundesfreiwilligendienst.
2. Information über die Leistungen für Bildung und Teilhabe.
3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.10.2012; "Altersarmut im Landkreis".
4. Information über Inklusion.
5. Information über die Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Landkreis und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
6. Anträge auf Kreiszuschüsse;
 - 6.1. Ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen e.V.
 - 6.2. ACCESS Integrationsbegleitung - Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben gGmbH.
 - 6.3. Evangelischer Gemeindeverein Weisendorf-Rezelsdorf e.V. für das Mehrgenerationenhaus Weisendorf.
 - 6.4. Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e.V.
 - 6.5. Soziale Betriebe der Laufer Mühle gGmbH auf Erhöhung des Zuschusses für den LebensMittelPunkt.
 - 6.6. Frauenzentrum Erlangen e.V.
 - 6.7. Arbeitslosenberatung Herzogenaurach.
 - 6.8. Offene Tür Erlangen.
 - 6.9. Diakonie AKTIV gGmbH für den Bereich der Familienpflege.
 - 6.10. Diakonisches Werk Erlangen e.V. für die Erlanger Tafel.
 - 6.11. Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Erlangen-Höchstadt e.V. und Arbeiter-Samariter-Bund - Regionalverband Erlangen-Höchstadt e.V. für die Fachstelle für pflegende Angehörige.
 - 6.12. Verein zum Schutz misshandelter Frauen e.V. auf Erhöhung des Zuschusses zugunsten des Frauenhauses Erlangen.
7. Sachstandsbericht und Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Projekt "huerdenlos".
8. Vorberatung des Haushaltes 2013.

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 14.11.2012; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung teilt Landrat Irlinger mit, dass beabsichtigt sei, diese um folgenden Tagesordnungspunkt 9 zu ergänzen:

„9. Anfrage von Kreisrat Konrad Eitel vom 14.11.2012; Spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) im Landkreis Erlangen-Höchstadt“

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten sind damit einverstanden.

Öffentliche Sitzung:

1. Information zum Bundesfreiwilligendienst

An die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten wurde zu diesem Tagesordnungspunkt eine ausführliche Sitzungsvorlage versandt.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten nimmt die Information der Verwaltung zum Bundesfreiwilligendienst zur Kenntnis.

2. Information über die Leistungen für Bildung und Teilhabe

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten wurden mit einer Sitzungsvorlage über die Leistungen für Bildung und Teilhabe informiert.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.10.2012; "Altersarmut im Landkreis"

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten erhalten zur Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.10.2012 zur Altersarmut im Landkreis eine Tischvorlage. Diese ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Kreisrätin Müller-Schimmel dankt für die umfassende Information der Verwaltung. Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten nimmt diese zur Kenntnis.

4. Information über Inklusion

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten erhalten zum Thema Inklusion im Landkreis eine Tischvorlage. Diese ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt und wird von Jürgen Ganzmann dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung im Landkreis Erlangen-Höchstadt erläutert. Dabei geht Herr Ganzmann insbesondere auf das Projekt „ACCESS Integrationsbegleitung – Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben gGmbH“ ein, für das auch unter Tagesordnungspunkt 6.2 ein Antrag auf Kreiszuschuss zu beraten ist. Das Projekt habe zum Ziel, die Infrastruktur im Landkreis Erlangen-Höchstadt und der Stadt Erlangen zur inklusiven Beteiligung von Menschen mit und ohne Behinderung im gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Mit einer stufenweisen Umsetzung des Projekts sollen zunächst die vorhandenen Strukturen erfasst und optimierende Maßnahmen geplant und umgesetzt werden. Schwerpunkt seien dabei Maßnahmen für Personen im Alter bis ca. 20 Jahren, mit Berührungspunkten in allen Handlungsfeldern (Arbeit, Bildung, Freizeit, Wohnen, Barrierefreiheit). Wichtig sei die Kommunikation zwischen allen Beteiligten mit dem Ziel verbindliche zielführende Vereinbarungen zu treffen und deren Umsetzung zu kontrollieren. Das

Gesamtfinanzierungsvolumen des auf drei Jahre ausgelegten Projektes sei mit 350.000 € angesetzt. Davon sollen bis zu 250.000 €, max. 70 % der Finanzierungskosten, durch eine Förderung der Aktion Mensch gedeckt werden. Die weitere Finanzierung müsse vom Landkreis und der Stadt für die Dauer von 3 Jahren zu gleichen Anteilen, das sind jährlich 10.000 €, aufgebracht werden. Die restlichen 40.000 € sollen aus Veranstaltungserlösen oder Einstellungszuschüssen der Arbeitsagentur für die Beschäftigung behinderter Projektmitarbeiter/innen erlöst werden.

Landrat Irlinger erklärt, für die Inklusion müsse das Bewusstsein und damit einhergehend auch die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, insbesondere in Schulen und Unternehmen. Mit dem Projekt ACCESS werde hierzu ein wichtiger und interessanter Beitrag geleistet. Landrat Irlinger schlägt vor, die Beratung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes 6.2 Antrag auf Kreiszuschüsse; ACCESS Integrationsbegeleitung – Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben gGmbH vorgezogen zu beraten und darüber abzustimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten nehmen den Vortrag des Beauftragten für Menschen mit Behinderung zur Kenntnis und sind mit der vorgezogenen Beratung und Abstimmung von Tagesordnungspunkt 6.2 einverstanden.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2013 wird für das Projekt „Inklusion Erlangen – Stadt und Land“ ein Gesamtbetrag von 30.000 € als Zuschuss gewährt. Der Zuschuss wird gewährt, sofern die Restkosten vollständig gedeckt sind. Der Zuschuss ist erstmals im Jahr 2013 mit 10.000 € und in den Jahren 2014 und 2015 mit jeweils 10.000 € zu erbringen.

Der jährliche Zuschuss in Höhe von 10.000 € ist von der Verwaltung von der Haushaltsstelle 0.4701.7001 jeweils zum 01.07. des jeweiligen Jahres bis einschließlich 2015 zu erbringen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

5. Information über die Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Landkreis und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Den Mitgliedern des Ausschusses für soziale Angelegenheiten steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage zur Verfügung, in der über den aktuellen Stand der Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Landkreis und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz berichtet wird.

Landrat Irlinger teilt ergänzend mit, dem Landkreis Erlangen-Höchstadt werden entsprechend dem Verteilerschlüssel für den Regierungsbezirk Mittelfranken Asylbewerber/innen zugewiesen. Zahlenmäßig sei die Tendenz steigend. Aktuell sind im Landkreis 47 Asylbewerber/innen dezentral und 100 in der Gemeinschaftsunterkunft Höchststadt a. d. Aisch untergebracht. Zwischenzeitlich fand mit Vertretern aus den Kreistagsfraktionen ein Besuch in der Gemeinschaftsunterkunft statt. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auch die Frage aufgeworfen worden, ob die Schaffung nur einer halben Stelle für die Betreuung der dezentral untergebrachten Asylbewerber/innen durch den Landkreis ausreichend sei. Landrat Irlinger bittet, bei deren Beurteilung sachgerecht zu berücksichtigen, dass für die Betreuung in der Gemeinschaftsunterkunft der

Freistaat Bayern zuständig ist.

Zur Sicherstellung der sozialen Betreuung der dezentral untergebrachten Asylbewerber/innen habe der Landkreis gehandelt und zusätzlich eine befristete halbe Stelle geschaffen, um dem erhöhten Bedarf an sozialer Betreuung im Verantwortungsbereich des Landkreises nachzukommen. Gleichzeitig müsse der Freistaat Bayern nachdrücklich aufgefordert werden, seine soziale Verpflichtung zu erfüllen und die Betreuung der Asylbewerber/innen in der Gemeinschaftsunterkunft sicherzustellen. Hier bestehe zudem das Problem, dass den Wohlfahrtsverbänden zwar ein Personalkostenzuschuss vom Staat gewährt wird, jedoch nicht in voller Höhe. Die Wohlfahrtsverbände müssten deshalb für die Betreuung erhebliche Eigenmittel einsetzen. Wegen dieser Finanzierungslücken sei bereits der Bayer. Landkreistag involviert. Die Situation sei unbefriedigend und erfordere auch aus humanitären Gründen verstärktes Engagement.

In der anschließenden Beratung wird in mehreren Wortmeldungen die unzureichende Wohn- und Lebenssituation in der Gemeinschaftsunterkunft kritisiert, verbunden mit dem Auftrag, die staatlichen Stellen aufzufordern, hier Abhilfe zu schaffen und auch der Betreuungspflicht nachzukommen. Eine professionelle Sozialbetreuung sei auch zur Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer unverzichtbar. In diesem Zusammenhang wird mehrfach mitgeteilt, dass die Übernahme der Betreuung und die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden gegenüber der Schaffung einer eigenen Stelle wünschenswert gewesen wäre. Kreisrat Eitel spricht sich zudem dafür aus, Hilfe von Amts wegen zu organisieren und hierfür einen runden Tisch einzuberufen. Weitere Menschen müssten dezentral in nicht zu großen Wohneinheiten untergebracht werden.

Landrat Irlinger erklärt, hinsichtlich der dezentralen Unterbringung seien Wunsch und Wirklichkeit zu unterscheiden. Tatsächlich sei es trotz vielfältiger Bemühungen sehr schwer, geeignete Unterkünfte zu finden. Hier sei die Verwaltung auf größtmögliche Unterstützung angewiesen. Kreisrätin Müller-Schimmel fordert nachdrücklich in Form eines Antrages eine Betreuung und die Verbesserung der Wohnverhältnisse in der Gemeinschaftsunterkunft.

Landrat Irlinger greift den Antrag von Kreisrätin Müller-Schimmel für eine nachhaltige Verbesserung der Gesamtsituation einzutreten auf und schlägt daraufhin folgende Vorgehensweise vor:

Die Verwaltung wird die Problematik sowohl gegenüber dem Freistaat Bayern als auch dem Bayer. Landkreistag vortragen und auf Abhilfe bzw. Unterstützung hierfür drängen. Weiterhin erhalte die Verwaltung den Auftrag zusammen mit Kreisrat Eitel und jeweils einem Sprecher der Kreistagsfraktionen zu besprechen, was ein runder Tisch leisten bzw. anstoßen könne. Über die Ergebnisse könne wieder berichtet werden.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten ist übereinstimmend mit dem Vorschlag von Landrat Irlinger einverstanden.

6. Anträge auf Kreiszuschüsse;

6.1. Ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen e.V.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Der Gewährung eines freiwilligen Zuschusses in Höhe von bis zu 5.000 Euro im Haushaltsjahr 2013 für Sprachkurse für Asylbewerber/Innen wird zugestimmt. Die

Sprachkurse werden vom Caritasverband Erlangen e.V. in Absprache mit dem Sachgebiet Soziales nach Bedarf durchgeführt. Sofern Ehrenamtliche qualifizierte Kurse anbieten, können nach Absprache mit dem Sachgebiet Soziales und der vorherigen Genehmigung Aufwandsentschädigungen gewährt und Sachkosten für Material, Raummiete etc. erstattet werden.

Der Zuschuss ist von der Verwaltung nach Vorlage einer Rechnung mit Angabe der Namen der Asylbewerber/Innen und einem Nachweis der Teilnahme am Deutschkurs an den Caritasverband Erlangen e.V. bzw. an die Ehrenamtlichen von der Haushaltsstelle 0.4701.7001 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über das Jahr 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

6.2. ACCESS Integrationsbegleitung - Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben gGmbH

Die Beschlussfassung hierzu erfolgte unter Tagesordnungspunkt 4.

6.3. Evangelischer Gemeindeverein Weisendorf-Rezelsdorf e.V. für das Mehrgenerationenhaus Weisendorf

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten erhalten zu diesem Tagesordnungspunkt eine Tischvorlage. Diese ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Landrat Irlinger erläutert ein Zuschuss sei nicht zulässig, da das Mehrgenerationenhaus für den Landkreis keine überörtliche Bedeutung habe und verweist auf das sog. „Fürstenfeldbrucker Urteil“ zur zulässigen Erhebung der Kreisumlage. Vielmehr handelt es sich um eine örtliche Angelegenheit und nicht um eine Aufgabe des Landkreises. Kreisrat Hofmann spricht sich dafür aus, das Mehrgenerationenhaus in Weisendorf als Pilotprojekt mit einer gewissen Bedeutung für den Landkreis zu betrachten, dessen Fortbestand gesichert werden sollte.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag des Evangelischen Gemeindeverein Weisendorf-Rezelsdorf e.V. auf Übernahme der Kostenbeteiligung in Höhe von 3.000,00 Euro am Mehrgenerationenhaus wird abgelehnt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen

Ja: 12 Nein: 2 Anwesend: 14

6.4. Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e.V.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushalt 2013 erhält der Verein Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e.V. in Erlangen einen Zuschuss im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 20.500 Euro. Der Zuschuss ist von der Verwaltung auf der Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

6.5. Soziale Betriebe der Laufer Mühle gGmbH auf Erhöhung des Zuschusses für den LebensMittelPunkt

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushalt 2013 erhält die Soziotherapeutische Einrichtung der Laufer Mühle für den LebensMittelPunkt einen Zuschuss im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 6.500 Euro. Der Zuschuss ist von der Verwaltung auf der Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

6.6. Frauenzentrum Erlangen e.V.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushalt 2013 erhält das Frauenzentrum Erlangen e.V. einen Zuschuss im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 6.000 Euro. Der Zuschuss ist von der Verwaltung auf der Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

6.7. Arbeitslosenberatung Herzogenaurach

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushalt 2013 erhält die Arbeitslosenberatung Herzogenaurach einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro. Der Zuschuss ist von der Verwaltung auf Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung erfolgt unter der Voraussetzung, dass auch die Stadt Herzogenaurach einen Zuschuss in mindestens der gleichen Höhe gewährt und die Katholische Betriebsseelsorge weiterhin die wesentlichen Kosten der Arbeitslosenberatung trägt.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

6.8. Offene Tür Erlangen

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushalt 2013 erhält die Offene Tür Erlangen im Haushaltsjahr 2013 einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro. Der Zuschuss ist von der Verwaltung auf Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14**

6.9. Diakonie AKTIV gGmbH für den Bereich der Familienpflege

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2013 erhält die Diakonie Erlangen AKTIV gGmbH für die Familienpflege einen Zuschuss im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von bis zu 5.000 Euro. Die Verwendung des Zuschusses hat dabei analog der Mittelvergabe wie im Haushaltsjahr 2012 zu erfolgen. Der Zuschuss ist von der Verwaltung nach Vorlage der Fallzahlen für das Jahr 2012 von der Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über das Jahr 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14**

6.10. Diakonisches Werk Erlangen e.V. für die Erlanger Tafel

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushalt 2013 erhält das Diakonische Werk Erlangen e.V. für die Erlanger Tafel einen Zuschuss im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 5.000 Euro. Der Zuschuss ist von der Verwaltung auf der Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung des Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14**

6.11. Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Erlangen-Höchstädt e.V. und Arbeiter-Samariter-Bund - Regionalverband Erlangen-Höchstädt e.V. für die Fachstelle für pflegende Angehörige

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Mittelbereitstellung im Haushalt 2013 erhält die Fachstelle für pflegende Angehörige im Haushaltsjahr 2013 einen Zuschuss in

Höhe von 12.000 Euro. Der Zuschuss ist von der Verwaltung je zur Hälfte an den ASB Regionalverband Erlangen-Höchstadt e.V. und an die AWO Kreisverband Erlangen-Höchstadt e.V. auf Haushaltsstelle 0.4701.7001 zum 01.07.2013 zur Auszahlung zu bringen.

Die Gewährung eines Zuschusses erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit und erwirkt keinen Rechtsanspruch auf Weitergewährung über das Jahr 2013 hinaus.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13
Beteiligt: 1**

Die Beratung und Abstimmung erfolgte ohne Kreisrätin Rosemarie Schmitt.

6.12. Verein zum Schutz misshandelter Frauen e.V. auf Erhöhung des Zuschusses zugunsten des Frauenhauses Erlangen

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage erhalten.

Landrat Irlinger erklärt, der Landkreis gewähre dem Verein zum Schutz misshandelter Frauen e. V. zugunsten des Frauenhauses Erlangen bisher einen Zuschuss in Höhe von 40.000 €. Dieser könne nach Vorlage einer vorläufigen Jahresrechnung am Ende des Kalenderjahres bei Nachweis eines höheren Defizits um bis zu 15.000 € aufgestockt werden. Damit liege sowohl der Landkreis als auch die Stadt Erlangen deutlich über den üblichen Zuschussbeträgen. Anzumerken wäre auch, dass die Personalkosten, die im Vergleich zum förderfähigen Personal nach den staatlichen Förderrichtlinien ohnehin überhöht sind, regelmäßig ansteigen. Dies sei zwar grundsätzlich nachvollziehbar, da das Frauenhaus aber keinem Tarifvertrag unterworfen sei, müsse gerade im Hinblick auf die Abhängigkeit von freiwilligen Zuschüssen, trotz der sozialen Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, umsichtig mit Lohnsteigerungen umgegangen werden. Dies gerade auch im Hinblick darauf, dass die freiwillige betriebliche Altersvorsorge und eine jährliche Sonderzahlung bei den Personalkosten berücksichtigt werden. Für das Jahr 2012 wurde bereits beantragt, den Auszahlungsmodus für den Restzuschuss in Höhe von 15.000 € dahingehend zu ändern, diesen bereits zum 01.12.2012 zur Auszahlung zu bringen, da ansonsten die laufenden Kosten im Dezember nicht gedeckt werden können. Weiterhin solle auf die Rückforderung für das endgültig abgerechnete Kalenderjahr 2011 in Höhe von 4.248,13 € verzichtet werden.

Kreisrätin Müller-Schimmel tritt dafür ein, den Zuschussbetrag auszuführen. Die Mittel werden für die laufenden Kosten dringend benötigt. Eine endgültige Abrechnung könne bis zum Jahresende nicht bewerkstelligt werden. Dies führe zu einer finanziellen Verzerrung. Weiterhin spricht sich Kreisrätin Müller-Schimmel dafür aus, sich künftig auf einen festen Zuschussbetrag zu einigen.

Landrat Irlinger formuliert daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

Der Zuschuss für den Verein zum Schutz misshandelter Frauen e. V. zugunsten des Frauenhauses Erlangen wird ab dem Haushaltsjahr 2013 von bisher insgesamt 55.000 € auf künftig 61.000 € erhöht.

Der Restzuschuss für das Jahr 2012 in Höhe von 15.000 € wird bereits zum 01.12.2012 zur Auszahlung gebracht. Weiterhin wird auf die Verrechnung der Rückforderung für das Jahr 2011 in Höhe von 4.248,13 € verzichtet.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

7. Sachstandsbericht und Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Projekt "huerdenlos"

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Aufgrund des Vertrages vom 11.05.2011 sind die laufenden Supportkosten für das Jahr 2013 an die Fa. GSP Software GmbH in Höhe von 3.558,10 Euro zu zahlen.

Die Ermittlung und Erfassung der Daten soll weiterhin gegen Erstattung der anfallenden Fahrtkosten und die Einmalzahlung von 100 Euro je Aktivsenior durch die Aktivsenioren Bayern e.V. erfolgen.

Die Kosten für die GSP GmbH in Höhe von 3.558,10 Euro, die Einmalzahlung in Höhe von 700 Euro an die Aktivsenioren Bayern e.V. und die veranschlagten Fahrtkosten für die Erfassung der Aktivsenioren in Höhe von 4.741,90 Euro, insgesamt 9.000 Euro, werden bei der Haushaltsstelle 0.4011.6329 für das Haushaltsjahr 2013 eingeplant. Bei einer Beteiligung von Schulen und / oder Seniorenverbänden am Projekt können Aufwendungen hierfür aus den veranschlagten 9.000 Euro herangezogen werden.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

8. Vorberatung des Haushaltes 2013

Den Mitgliedern des Ausschusses für soziale Angelegenheiten wurde zu diesem Tagesordnungspunkt der Verwaltungsentwurf für den Einzelplan 4 – Soziale Sicherung (ohne Verwaltung, Jugendhilfe) für das Haushaltsjahr 2013 mit den Erläuterungen zu den Haushaltsansätzen zur Verfügung gestellt.

Landrat Irlinger geht in seiner Rede zum Haushaltsentwurf auf die schwerpunktmäßig höchsten Ausgaben ein. Dies sind die Leistungen der Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und die Kosten der Unterkunft für erwerbsfähige Arbeitssuchende. Erfreulich sei, dass sich der Bund seiner Verantwortung durch die Übernahme von nunmehr 75 % der Kosten der Grundsicherung stellt

Landrat Irlinger bedankt sich ausdrücklich bei allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, bei den sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden sowie der Verwaltung.

In der anschließenden Beratung erklärt Landrat Irlinger auf Nachfrage von Kreisrat Eitel, die für die Umsetzung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes ausgeschriebene Stelle werde zum 15.12. 2012 besetzt. Schwerpunktmäßig müsse dort die Koordination mit den Gemeinden stattfinden. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten könne über den Stand der Umsetzung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes berichtet sowie die Mitarbeiterin vorgestellt werden. Ebenfalls könne über die Arbeit des Vereins „Menschen helfen e. V.“ berichtet werden. Dieser werde regelmäßig in ganz akuten Notlagen tätig.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten stimmt dem Haushaltsentwurf 2013 für den Bereich Sozialwesen (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) zu und empfiehlt dem Kreistag des Landkreises Erlangen-Höchstadt die Annahme.

Den Kreisverbänden Erlangen-Höchstadt des Diakonischen Werkes, des Caritasverbandes, des VdK, der Arbeiterwohlfahrt und des Bayerischen Roten Kreuzes sowie dem Landesverband Bayern des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wird im Haushaltsjahr 2013 ein Zuschuss in Höhe von je 1.500 Euro für ihre Aufgaben im Rahmen der Altenhilfe bewilligt; des Weiteren den Kreisverbänden des Diakonischen Werkes, des Caritasverbandes, des Bayerischen Roten Kreuzes und dem Regionalverband der Arbeiterwohlfahrt ein Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro für die Förderung der Verbandstätigkeit sowie dem Landesverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und dem ASB Regionalverband Erlangen - Höchstadt ein Zuschuss in Höhe von 500 Euro. Die Träger der Dorfhelferinnenstationen erhalten insgesamt einen Zuschuss in Höhe von 2.180 Euro. Den beiden Trägern der Fachstellen für pflegende Angehörige (AWO Kreisverband Erlangen-Höchstadt und ASB Regionalverband Erlangen-Höchstadt) wird jeweils ein Zuschuss von 6.000 Euro bewilligt.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle diese Zuschüsse zum 01.07.2013 (frühestens jedoch nach Bestandskraft des Haushalts) auszusahlen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 14 Nein: 0 Anwesend: 14

9. Anfrage des Kreisrates Konrad Eitel; Spezialisierte ambulante Palliativversorgung im Landkreis

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten erhalten zur Anfrage von Kreisrat Eitel vom 14.11.2012 eine Tischvorlage. Diese ist dieser Niederschrift beigelegt.

Landrat Irlinger erklärt, seit 2010 sei die Palliavita gGmbH als Leistungserbringer für eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) für Erlangen und den Landkreis Erlangen-Höchstadt anerkannt. Vorläufer davon war das Projekt "Vernetzte ambulante Palliativ/Hospizliche Versorgung (VAPHV)". Kreisrat Eitel bedankt sich für die Information. Seiner Ansicht nach ist dies in der Bevölkerung noch zu wenig bekannt und bittet, um Versand einer Information zur Palliavita gGmbH mit der Niederschrift.

Erlangen, 28.11.2012

Eberhard Irlinger
Landrat

Birgit Stolla
Regierungsamtfrau